



Duale Berufsbildung geht nur mit starken Berufsschulen

Liebe Mitglieder des VSBI e.V.,

am 24.08.2015 trafen sich im Rahmen eines „Runden Tisches“ Vertreter des VSBI e.V., des Verbandes Deutscher Privatschulen Landesverband Sachsen-Thüringen e.V., der IHK Dresden und der Handwerkskammer Dresden. Der VSBI e.V. wurde durch Reinhard Langer, Günter Kahle, Rüdiger Lorch und Prof. Dr. Clauß Dietz vertreten. Der VdP e.V. wurde durch Manja Bürger, die IHK Dresden durch Dr. Günter Brunsch und Torsten Köhler und die HWK Dresden durch Karl-Heinz Herfort repräsentiert.

Das Gespräch war auf Initiative des VSBI e.V. und des VdP e.V. zustande gekommen. Den Initiatoren ging es vor allem darum klarzustellen, dass die vom Präsidenten der IHK Dresden in der IHK Zeitung 5/2015 aufgestellten Behauptungen, dass „berufliche Schulen in freier Trägerschaft zur gegenwärtig prekären Situation der staatlichen Berufsschulen in nicht unerheblichem Maße beitragen würden, ...da sie keinerlei Bedarf für ihre Existenz nachweisen müssten...und zudem keinerlei Kontrolle über die Einhaltung ihrer Lehrpläne und Unterrichtsqualität unterlägen“, falsch sind, also weit an der Realität vorbeigehen und deshalb so nicht unwidersprochen in der Öffentlichkeit stehen bleiben dürfen.

Das Gespräch verlief in einer kritischen, aber sehr konstruktiven Atmosphäre. Alle Seiten waren sich einig, dass sich staatliche und freie Schulen gleichermaßen den hohen Anforderungen an die duale Berufsausbildung stellen und dies auch für alle bereits gelebte Praxis ist. Wenn sich die freien Träger nicht am Bedarf der Ausbildungsberufe und am vorgegebenen Qualitätsstandard orientieren würden, wäre es für die freien Träger gar nicht möglich, sich am Markt zu behaupten.

Damit waren sich die Gesprächspartner auch dahingehend einig, dass die freien Schulen nicht nur lt. Sächsischer Verfassung, sondern auch aufgrund der von ihnen gelebten Qualität in der Ausbildung den staatlichen Schulen gleichgestellt sind, wenn auch die finanzielle Gleichstellung der freien Träger gegenüber den staatlichen Schulen noch nicht vollzogen ist. Im Klartext bedeutet dies auch, dass sich die staatlichen und die freien Berufsschulen in einem diskriminierungsfreien, pluralen und liberalen Bildungsraum Sachsen einem fairen Wettbewerb zugunsten der Qualität der beruflichen Ausbildung und damit zugunsten der uns anvertrauten Auszubildenden stellen müssen und werden.

Beide Berufsschularten arbeiten gemeinsam am gemeinsamen Bildungsauftrag. Es wurde im Gespräch auch klar festgestellt, dass eine momentane prekäre Situation staatlicher Berufsschulen nicht ihre Ursache in der Existenz der freien Berufsschulen haben kann. In Sachsen befinden sich z. Z. 12.000 junge Menschen in der Berufsausbildung, davon aber lediglich 250 Jugendliche bei freien Trägern. Es ist also angeraten, die tatsächlichen Gründe für die problematische Situation mancher staatlicher Berufsschulen zu ergründen.

Eine zentrale Schulnetzplanung auch für die Berufsausbildung durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus könnte ein Weg sein, setzt aber voraus, dass die Vertreter der freien Träger von Anfang an in die Planungsgespräche mit einbezogen werden. Denn es besteht nunmehr die Gefahr, dass durch eine staatliche „Regulierungswut“ Profilverfestigungen für freie Träger erfolgen, um staatliche Berufsschulen zu schützen und diese somit aus dem fairen Wettbewerb herauszulösen. Dies aber widerspräche dem Selbstbestimmungsrecht der freien Träger erheblich.

Die Gesprächspartner waren sich darüber einig, dass der begonnene konstruktive Dialog zwischen dem VSBI e.V., dem VdP e.V., der IHK Dresden und der HWK Dresden zukünftig erfolgreich weitergeführt werden kann und muss.

Ihr

Reinhard Langer

Vorstandsvorsitzender des VSBI e.V.